

Die Welt bewegt sich doch

Neoliberale Globalisierung ist kein Naturgesetz, das Diktat globaler Multis kein Selbstläufer: Uruguay steigt aus Verhandlungen zum TISA aus

Rainer Rupp

Es gibt Hoffnung. Der Kampf gegen die Aufteilung der Welt unter wenige Riesenkonzerne mittels Abkommen wie die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen EU und USA muss nicht verloren gegeben werden. Das wichtigste Signal des Jahres dafür ist wohl auch deshalb von unseren Mainstreammedien ignoriert worden. Uruguay hat es tatsächlich gewagt, aus den womöglich noch strenger als bei TTIP geheimgehaltenen Verhandlungen über den internationalen Handel mit Dienstleistungen »Trade in Services Agreement« (TISA) endgültig auszusteigen. Wie das gelingen konnte, darüber hätten Globalisierungskritiker hierzulande sicher gerne mehr erfahren. Deutschlands »unabhängige und überparteiliche« Medien fanden diese Sensation keiner Erwähnung wert. Statt dessen übersättigten sie die Nachrichtenkanäle in den zurückliegenden Wochen mit emotionalisierten Berichten über Flüchtlingstrecks und gerieren sich als Sprachrohr einer Art neuer Welt: Das Großkapital macht auf Völkerfreundschaft.

Hinzu kam in der zurückliegenden Woche die Aufregung um den VW-Abgasbetrug. Der wurde kurzerhand zur nationalen Katastrophe erklärt, allerdings aus den falschen Gründen. Es geht weniger um den Prestigeschaden für die »deutsche Ingenieurskunst«, die übrigens durch die Softwaremanipulation von Volkswagen eine ganz andere Bedeutung bekam. Die BRD-Industrie wird dennoch kaum bleibenden Schaden davontragen. Trotz möglicher Strafzahlungen in Milliardenhöhe gilt das auch für den VW-Konzern. Die Umweltverträglichkeit hat beim Autokauf nie die ausschlaggebende Rolle gespielt – oder ist es nur eine optische Täuschung, wenn in gentrifizierten Latte-Macchiato-Großstadtvierteln ein SUV neben dem anderen steht? Das Fatale der VW-Affäre ist vielmehr, dass sie Washington jede Menge Munition und Hebel gibt, um in den weiteren TTIP-Verhandlungen den jüngst zaghaft aufgekeimten Widerstand deutschen Politiker platt zu walzen. Oder können wir doch von dem Land lernen, das gerne als die »Schweiz Lateinamerikas« bezeichnet wird?

Mit seinen 3,2 Millionen Einwohner ist Uruguay der einzige Wohlfahrtsstaat Südamerikas mit einer für Lateinamerika großen und gut ausgebildeten bürgerlichen Mittelschicht. Im scheinbar unaufhaltsamen Siegeszug des Neoliberalismus sind seit einigen Jahrzehnten auch die sozialen Errungenschaften des Landes Zielscheibe von »Reformern« geworden. Das allerdings weckte den Widerstand der Gewerkschaften. Unterstützung fanden die Arbeiter und kleinen Angestellten in ihrem Kampf gegen Sozialabbau in großen Teilen der Mittelschicht, bei Lehrern, angestellten Technikern oder Ingenieuren. Diese Konstellation ermöglichte es, der uruguayischen Regierung eine öffentliche Debatte über TISA aufzuzwingen.

Das geplante Abkommen umfasst mehr Staaten als TTIP und TPP (Trans Pazific Partnership) zusammen: die Vereinigten Staaten, alle 28 Mitglieder der Europäischen Union sowie Australien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Hongkong, Island, Israel, Japan, Liechtenstein, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Südkorea, Schweiz, Taiwan und die Türkei. Fast 70 Prozent des weltweiten Handels mit Dienstleistungen entfallen auf diese Nationen, die sich selbst »Gruppe der wirklich guten Freunde von

Dienstleistungen« nennen.

TISA wurde in den vergangenen zwei Jahre an stets hermetisch abriegelten und vorher nicht bekanntgegebenen Orten verhandelt. Laut dem Entwurf des Abkommens soll der Text des Vertrags auch mindestens fünf Jahre nach seiner Unterzeichnung der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden. Dank Whistleblowing-Websites wie Wikileaks, die Associated Whistleblowing Press und Filtrala sind Details ans Licht gekommen. So soll TISA z. B. die Privatisierung von bisher öffentlichen Dienstleistungen auf ewig festschreiben, auch in den Fällen, in denen sich die Entscheidung für private Leistungserbringung längst als schwerer Fehler erwiesen hat. Ist es erst mal unterzeichnet, können Regierungen oder Kommunen die Versorgung mit Wasser, Energie, Gesundheit, Bildung etc. nie wieder in die öffentliche Hand zurückführen. Und das ist nur ein Teil des Horrorkatalogs.

Nachdem in Uruguay die TISA-Details ruchbar geworden waren, organisierten die Gewerkschaften und andere in der Bevölkerung entstandene Organisationen Widerstand, der in einem Generalstreik gipfelte. Das brachte Staatspräsident Tabaré Vázquez dazu, die Verhandlungen am 7. September zu verlassen.

Dennoch ist kaum zu erwarten, dass das kleine Uruguay den Marsch der transnationalen Konzerne zur globalen Machtergreifung verhindern kann. Doch es hat Symbolkraft. Die Menschen dort haben gezeigt, dass es möglich ist, »nein« zu sagen. Und das nicht zuletzt deshalb, weil in dem Land die bisher einzige öffentliche gesellschaftliche Debatte zu TISA stattgefunden hat.

<http://www.jungewelt.de/2015/09-26/027.php>